



Interpellation der SVP-Fraktion

betreffend dem drohenden Millionen-Kostenschub im Asylwesen: Was ist die Strategie des Kantons beim Wechsel von Status S zu Status B?

(Vorlage Nr. 4084.1 - 18531)

Antwort des Regierungsrats
vom 16. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion reichte am 24. März 2026 die Interpellation betreffend dem drohenden Millionen-Kostenschub im Asylwesen: Was ist die Strategie des Kantons beim Wechsel von Status S zu Status B? ein. Die Interpellation wurde dem Regierungsrat am 30. April 2026 überwiesen. Der Regierungsrat nimmt zu den Fragen der Interpellation wie folgt Stellung:

A. Einleitende Bemerkungen

Die Interpellation bezieht sich auf Personen aus der Ukraine, die seit Beginn des russischen Angriffskriegs im Jahr 2022 in die Schweiz geflohen sind und denen der Bund vorübergehenden Schutz gewährt hat. Der Schutzstatus S ermöglichte eine rasche Schutzgewährung ohne ordentliches Asylverfahren.

Wird der vorübergehende Schutz nach fünf Jahren nicht aufgehoben, haben schutzbedürftige Personen gemäss Art. 74 Abs. 2 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG; SR 142.31) Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung B durch den zuständigen Kanton. Sie bleiben damit schutzbedürftige Personen mit Status S, verfügen aber zusätzlich über eine befristete Aufenthaltsbewilligung. Diese Regelung wird erstmals ab 2027 für Personen relevant, denen ab März 2022 der Schutzstatus S gewährt wurde. Sie hat ausländerrechtliche, sozialhilferechtliche und finanzielle Auswirkungen.

Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung werden im Rahmen der Asylsozialhilfe unterstützt. Im Kanton Zug beträgt der Grundbedarf für den Lebensunterhalt in der Asylsozialhilfe 484 Franken pro Person und Monat. Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung erhalten ordentliche Sozialhilfe wie die einheimische Bevölkerung (vgl. Art. 3 Abs. 1 der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen [AsylV 2; SR 142.312]). Für eine Einzelperson in der ordentlichen Sozialhilfe beträgt der Grundbedarf nach den SKOS-Richtlinien 1061 Franken pro Monat.

Gleichzeitig verändert sich die Bundesfinanzierung. Die Bundesversammlung hat am 17. März 2026 im Rahmen des Entlastungspakets die Harmonisierung der Abgeltungsdauer für die Globalpauschalen auf fünf Jahre beschlossen. Vorbehältlich eines Referendums entfallen ab dem 1. Januar 2027 die bisher vorgesehenen Bundesbeiträge nach fünf Jahren Aufenthalt von Personen mit Schutzstatus S. Damit fallen für die Kantone höhere Sozialhilfeleistungen an, während die bisher vorgesehene Bundesbeteiligung entfällt.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Kantone auf nationaler Ebene für eine zeitnahe Änderung der AsylV 2 ausgesprochen. Ziel ist es, den Kantonen und ihren Gemeinden bei der Festlegung der Unterstützungsleistungen für Schutzbedürftige aus der Ukraine mit Aufenthaltsbewilligung mehr Handlungsspielraum zu verschaffen. Verlangt wird eine Verordnungsänderung

bis Ende August 2026 oder zumindest die verbindliche Zusicherung, dass diese spätestens am 1. März 2027 in Kraft tritt.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement prüft derzeit, die sozialhilferechtliche Gleichstellung von Schutzbedürftigen mit Aufenthaltsbewilligung mit der einheimischen Bevölkerung aufzuheben. Das Staatssekretariat für Migration hat bestätigt, dass eine entsprechende Anpassung zur Diskussion steht. Ob, in welcher Form und auf welchen Zeitpunkt sie umgesetzt wird, ist noch offen. Die vorliegende Antwort stützt sich deshalb auf die aktuell geltende Rechtslage. Sollte der Bund die AsylV 2 rechtzeitig anpassen und den Kantonen den entsprechenden Handlungsspielraum einräumen, würde der Kanton Zug seine kantonalen Rechtsgrundlagen entsprechend anpassen. Hierfür genügt im Kanton Zug eine Anpassung der Verordnung betreffend Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich (BGS 861.42) sowie der Richtlinie betreffend Unterstützungsleistungen für Personen aus dem Asylbereich (Unterstützungsrichtlinie; BGS 861.422). Damit könnten Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung weiterhin nach den Ansätzen der Asylsozialhilfe unterstützt und die finanziellen Auswirkungen begrenzt werden.

B. Beantwortung der Fragen

1. **Finanzielle Auswirkungen:**

Wie hoch beziffert der Regierungsrat die voraussichtlichen jährlichen Mehrkosten für den Kanton, wenn die Schutzbedürftigen ab 2027 sukzessive in das ordentliche Sozialhilferegime (Status B) wechseln?

Die finanziellen Auswirkungen auf den gesamten Asyl- und Flüchtlingsbereich im Kanton Zug im Jahr 2027 sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Die Mehrbelastung ergibt sich nur zu einem kleineren Teil aus dem höheren Sozialhilfeaufwand infolge der Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung. Ausschlaggebend ist vor allem der gleichzeitige Wegfall beziehungsweise die Reduktion von Bundesbeiträgen. Insgesamt steigt der Saldo des gesamten Asyl- und Flüchtlingsbereichs gegenüber der Hochrechnung 2026 um rund 9,1 Millionen Franken.

	Hochrechnung 2026	Veränderung Budget 2027	Erläuterung
Aufwand	68,9 Mio. Fr.	+ 0,65 Mio. Fr. (1 %)	Erhöhung Sozialhilfe S5+ ¹
Ertrag	47,2 Mio. Fr.	- 8,4 Mio. Fr. (17 %)	Wegfall Globalpauschalen Bund
Saldo	21,7 Mio. Fr.	+ 9,1 Mio. Fr.	Die Mehrbelastung ergibt sich nur zu einem kleineren Teil aus einem Mehraufwand von 0,65 Mio. Franken. Ausschlaggebend ist der gleichzeitige Wegfall von Bundeserträgen von 8,4 Mio. Franken. Insgesamt steigt der Saldo von 21,7 Mio. Franken auf 30,8 Mio. Franken. Dies entspricht einer Verschlechterung um rund 9,1 Mio. Franken beziehungsweise 42 Prozent.

In den Folgejahren nimmt der Nettoaufwand weiter zu. Gegenüber dem jeweiligen Vorjahr beträgt die zusätzliche Belastung rund 2,8 Millionen Franken im Jahr 2028, 1,9 Millionen Franken im Jahr 2029 und 2,2 Millionen Franken im Jahr 2030. Auch in diesen Jahren ist die Entwicklung vor allem auf tiefere Bundeserträge zurückzuführen; der zusätzliche Sozialhilfeaufwand fällt demgegenüber deutlich geringer aus.

¹ S5+ = Personen mit Status S nach mehr als fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz

2. Finanzierung des Bundes:

Wie beurteilt der Regierungsrat die Pläne des Bundes, die Finanzierung der Status-S-Geflüchteten nach fünf Jahren einzustellen? Welche konkrete Finanzlücke entsteht dadurch im Zuger Staatshaushalt?

Der Regierungsrat lehnt die vorgesehene Begrenzung der Bundesfinanzierung auf fünf Jahre ab. Der Bund entscheidet über Aktivierung, Weiterführung und Aufhebung des Schutzstatus S. Gleichzeitig führt die Erteilung einer befristeten Aufenthaltsbewilligung nach geltendem Recht zu Leistungen der ordentlichen Sozialhilfe. Damit steigen die kantonalen Aufwendungen, während die Bundesbeiträge reduziert werden oder ganz entfallen. Eine solche Lastenverschiebung ist aus Sicht des Regierungsrats nicht sachgerecht.

Für die Kantone ist diese Entwicklung finanzpolitisch relevant. Sie erhöht den kantonalen Finanzierungsanteil im Asyl- und Flüchtlingsbereich, verschärft die bereits anspruchsvolle Kostenentwicklung und reduziert die finanzielle Planbarkeit. Zudem entsteht ein strukturelles Ungleichgewicht, wenn der Bund Status, Leistungsansprüche und Finanzierungsdauer festlegt, die daraus folgenden Mehrkosten aber weitgehend von den Kantonen zu tragen sind.

Zur konkreten Finanzlücke im Zuger Staatshaushalt wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Vermeidung von Fehlanreizen:

Mit der Gleichstellung bei der Sozialhilfe steigen die monatlichen Ansätze (z.B. von ca. CHF 700.- auf ca. CHF 1'100.- für Alleinstehende). Wie will der Regierungsrat verhindern, dass dieser massive Anstieg der Unterstützungsleistungen die Arbeitsmotivation schwächt und zu einer dauerhaften «Sozialhilfefalle» führt, welche auch die Gemeinden belastet?

Der Regierungsrat beurteilt die vorgesehene Leistungserhöhung aus sozial- und integrationspolitischer Sicht kritisch. Sie knüpft nicht an eine veränderte konkrete Bedarfslage an, sondern allein an die Dauer des Aufenthalts. Damit steigt die Unterstützung unabhängig davon, ob sich die persönliche, wirtschaftliche oder familiäre Situation der betroffenen Person verändert hat. Zudem kann eine deutliche Erhöhung der Unterstützungsleistungen den finanziellen Abstand zwischen Sozialhilfe und Erwerbseinkommen verkleinern. Damit wird der Grundsatz «Arbeit soll sich lohnen» geschwächt. Dies kann den Anreiz vermindern, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, ein bestehendes Pensum auszubauen oder eine wirtschaftliche Selbständigkeit konsequent anzustreben. Schliesslich setzt eine automatische Erhöhung allein aufgrund der Aufenthaltsdauer ein ungünstiges integrationspolitisches Signal. Sie erfolgt unabhängig davon, ob die Integration vorangeschritten ist, ob Integrationsbemühungen geleistet wurden oder ob eine Ablösung von der Sozialhilfe absehbar ist.

Eine Verschiebung der Sozialhilfeszuständigkeit an die Zuger Einwohnergemeinden erfolgt nicht. Gemäss § 12^{bis} Abs. 1 des Sozialhilfegesetzes (SHG; BGS 861.4) gewährleistet der Kanton die Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich, die nicht im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind, soweit nicht der Bund zuständig ist.

4. Erwerbsquote:

Welche gezielten Massnahmen ergreift die Direktion des Innern, um die Erwerbsquote der Status-S-Personen im Kanton Zug weiter signifikant zu erhöhen, bevor ein automatischer Statuswechsel erfolgt? Der Kanton Zug besetzt dabei schweizweit gesehen mit ca. 36,6 % keinen Spitzenplatz. Einzelne Kantone schaffen eine Erwerbsquote über 60 % (z.B. AI).

Unter den Personen mit Schutzstatus S, die im Jahr 2022 eingereist sind, beträgt die Erwerbstätigenquote per 31. Dezember 2025 im Kanton Zug 52,8 Prozent. Damit liegt der Kanton Zug im interkantonalen Vergleich im Mittelfeld. Die in der Interpellation erwähnte Quote von rund 36,6 Prozent bezieht sich demgegenüber auf alle Personen mit Schutzstatus S und umfasst damit auch Personen, die erst später eingereist sind und entsprechend noch weniger lange Zugang zu Integrations- und Arbeitsmarktstrukturen hatten.

Die Direktion des Innern setzt gemeinsam mit den zuständigen Stellen weiterhin auf eine gezielte Förderung der beruflichen Integration. Im Vordergrund stehen die Sprachförderung ab Ankunft, eine individuelle Integrationsplanung, Potenzialabklärungen, Arbeitsintegrationsprogramme, Job-Coaching, Praktika beziehungsweise Schnupperlehren sowie die Unterstützung bei der Stellensuche. Je nach Ausgangslage werden auch Ausbildungsmöglichkeiten, Studienvorhaben oder selbständige Erwerbstätigkeiten geprüft. Wo angezeigt, erfolgt zudem eine Anmeldung beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum oder bei der Arbeitslosenkasse.

Der Regierungsrat verfolgt damit das Ziel, die Erwerbsintegration weiter zu stärken, die wirtschaftliche Selbständigkeit der betroffenen Personen zu fördern und die Sozialhilfeabhängigkeit möglichst zu reduzieren.

5. Interkantonaler und nationaler Widerstand:

Ist der Regierungsrat bereit, sich via Standesinitiative oder über die Konferenz der Sozialdirektoren (SODK) dafür einzusetzen, dass der automatische Wechsel zum B-Ausweis verhindert oder zumindest die Bundesfinanzierung verlängert wird, um eine Überwälzung der Kosten auf die Zuger Steuerzahler zu verhindern?

Der Regierungsrat teilt das Anliegen, dass finanzielle Folgen von Entscheiden des Bundes nicht einseitig auf die Kantone überwälzt werden sollten. Entscheidkompetenz, Leistungsumfang und Finanzierungsverantwortung müssen sachgerecht aufeinander abgestimmt bleiben. Diese Haltung bringt der Regierungsrat insbesondere in der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), in der Zentralschweizer Sozialdirektorinnen- und Sozialdirektorenkonferenz (ZSODK), in weiteren interkantonalen Gremien, im direkten Austausch mit den zuständigen Bundesstellen sowie in der öffentlichen Kommunikation bereits mit Nachdruck ein.

Im Vordergrund stehen eine klare bundesrechtliche Regelung, ausreichende Planbarkeit, mehr kantonaler Handlungsspielraum bei den Unterstützungsleistungen und eine angemessene Bundesfinanzierung. Soweit der Bund den Kantonen rechtzeitig zusätzlichen Handlungsspielraum einräumt, wird der Kanton Zug die erforderlichen kantonalen Rechtsgrundlagen anpassen.

Eine Standesinitiative steht für den Regierungsrat zum jetzigen Zeitpunkt nicht im Vordergrund. Auf Bundesebene sind bereits politische Vorstösse hängig, insbesondere die Motion 26.3132, welche eine Anpassung von Art. 74 AsylG verlangt. Der Regierungsrat erachtet es deshalb als sachgerecht, zunächst die laufenden bundespolitischen Prozesse und die kantonale

Konsultation zu nutzen. Sollte sich zeigen, dass die Anliegen der Kantone auf diesem Weg nicht ausreichend aufgenommen werden, kann der Regierungsrat weitergehende politische Schritte prüfen.

C. Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 16. Juni 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart